

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 197

Freitag, den 22. August 1924.

48. Jahrgang

Eine London-Debatte.

Regierungserklärung im Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist zum erstenmal zu einer nichtvertraulichen Sitzung zusammengetreten, um die Vorgänge in London zu besprechen. Zu der Sitzung war die gesamte Reichsregierung unter Führung des Kanzlers erschienen. Bezüglich des Termins vom 30. August, an dem die endgültige Unterschriftenvollziehung in London stattfinden soll, wurde von den Abgeordneten von Graefe (Nat. Soz.), Graf Lerchenfeld (Wdr. Vp.), Hergt (Dntl.), Dr. Haas (Dem.) und Koenen (Komm.) die Frage erwogen, was geschehe, wenn die deutsche Regierung bis dahin eine Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Dawes-Gesetze im Reichstag nicht fände.

Reichskanzler Marx

beantwortete die Anfrage, indem er erklärte, der Londoner Vertrag sei an sich dadurch zustande gekommen, daß seine Paragrafierung durch sämtliche Delegierte vollzogen worden sei. Die endgültige Unterschrift sei aber bis zum 30. August aufgeschoben worden. Wenn Deutschland nun am 30. August nicht in der Lage sei, die Gesetze als angenommen präsentieren zu können, so müsse sich die Reichsregierung die Frage stellen, ob sie dann in London die Protokolle endgültig unterzeichnen könne. Sollte im Reichstag keine Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Dawes-Gesetze zu finden sein, so sei es Pflicht der Reichsregierung, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um den Reichstag zur Bewilligung zu veranlassen. Zum Schluß betonte der Kanzler, es müsse nach innen alles getan werden, was nach außen der Reichsregierung die Möglichkeit eröffne, von neuem in Verhandlungen einzutreten.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

unterstützte die Ausführungen des Kanzlers und sagte: „Ich möchte auf die Frage antworten, welche Möglichkeiten dann bei uns in den Händen, im Falle eines Scheiterns der Vorlage hier im Reichstage trotzdem neue Vereinbarungen mit der Gegenseite zu treffen. Da weise ich darauf hin, daß irgend etwas Positives nach dieser Richtung gar nicht geschehen kann, bevor die Neuwahlen zu Ende sind, bevor also der Gegenseite gesamt werden kann, daß ein deutscher Reichstag da ist, der bereit ist, erneut auf den Boden der Londoner Beschlüsse zu treten. Während dieser Zeit, die die Reichsverfassung für Neuwahlen vorschreibt, ist also der Regierung jede Möglichkeit genommen, nach dieser Richtung etwas zu tun. Während dieser Zeit hat der Finanzminister zu sehen, daß die Ricum-Verträge verlängert werden. Während dieser Zeit hört alles auf zu laufen an Terminen, die sich auf die Räumungen beziehen, was sich auf die Freigabe der Regie bezieht, und auch alles andere, was vorgegeben ist.“

Wenn wir dann einem neuen Reichstag haben, der grundsätzlich Ja sagt, dann können wir erst an die anderen Mächte herantreten, und auch dann sind die anderen Mächte völlig frei in ihren Entschlüssen darüber, ob sie noch einmal mit dem Deutschen Reich in Verhandlungen eintreten wollen. Wir haben in England eine Bewegung, die sehr stark zum Ausdruck gekommen ist in einer Eingabe, die 1700 britische Industrielle an das Unterhaus gerichtet haben, worin sie darob auf hinweisen, daß es doch eigentlich dem englischen Interesse entgegen sei, wenn England seine Hilfe zu einer großen internationalen Anleihe biete, die dazu bestimmt sei, den deutschen Industrie, die heute mangels der Kredite nicht exportfähig wäre, diese Exportfähigkeit zu ermöglichen. Bevor schwereren Bedingungen stehen als heute, und alles, was das besetzte Gebiet von den Londoner Abmachungen erhofft, wird zum mindesten um Monate hinausgeschoben.

Die Deutschnationalen bleiben fest.

Berlin, 22. August. Die Parlamentskämpfe um die Dawes-Gesetze und das Londoner Abkommen wird erst heute bereits gipfeln. Die Entscheidung über ihren Ausgang ist Interesse weniger auf die Regierungserklärung im Reichstag und auf die am Montag beginnende allgemeine Aussprache konzentriert, als auf die Fraktionsvorbereitung der Deutschnationalen Partei, deren Ausgang ja tatsächlich ausschlaggebend ist für den weiteren Verlauf der Dinge.

Diese Sitzung hat gestern nachmittag stattgefunden. Es ist nur selbstverständlich, daß allen Teilnehmern an der Beratung strengste Schweigepflicht auferlegt worden ist. Auch wir haben den Verlauf der Verhandlungen über ihr Ergebnis der Öffentlichkeit mitzuteilen, ebenso wie dies in dem partei-offiziellen Bericht geschieht. Wir sind aber autorisiert, allgemein festzustellen, daß alle zahlreichen Drohungen der Gegen-

seite, der Regierung sowohl und ihrer Parteien und ihrer Presse wirkungslos an der festen Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion abgeprallt sind. Daraus ergeben sich die Schlussfolgerungen von selbst.

Die Beratungen der Deutschnationalen waren getragen von dem Gefühl der ungeheuren Verantwortung, die bei der Opposition liegt. Man verschließt sich gerade im nationalen Lager am allerwenigsten der Erkenntnis, daß die Entscheidung in einer Weise folgenswer ist, wie seit Versailles noch nie. Die Alternative aber ist nur, schweren Zeiten entgegenzugehen als verflantes Volk oder schwere Kämpfe durchzukämpfen um die endliche Befreiung. Für die Deutschnationalen konnte es ja nur eine Wahl geben: sie haben sie getroffen, wie ihre Wähler und weit über deren Kreis hinaus breitere Schichten des deutschen Volkes sie von ihnen erwartet haben.

Das Ergebnis der Sitzung wurde in folgender Erklärung wiedergegeben: „Die deutschnationalen Reichstagsfraktion, verstärkt durch zahlreiche Mitglieder des Preussischen Landtages, nahm einen eingehenden Bericht des Fraktionsvorsitzenden entgegen. Sie spricht der bisherigen Fraktionsleitung insbesondere der Veröffentlichung vom 15. August einmütig ihre Zustimmung aus. Sie stellt ferner einstimmig fest, daß sie nach wie vor auf dem in ihren sieben Punkten vom 22. Juli 1924 und in der Rede des Abg. Dr. Hoersch vom 26. Juli 1924 festgestellten Standpunkt verharrt. Sie ist sich dabei ihrer Verantwortung bewußt und ist überzeugt, daß sie mit ihrer Haltung den Interessen und der Stimmung ihrer Parteifreunde im besetzten Gebiet entspricht.“

Unerhörte Stimmungsmache der Erfüllungsparteien.

Berlin, 22. August. Im Reichstag herrschte gestern bereits reges Leben und Treiben. Allgemein beachtet wurde die „drohende“ Sprache der Herren Marx und Stresemann im Auswärtigen Ausschuss. Trotz allem, was man an diesen unentwegten Minderheitsministern bereits erlebt hat an Beweisen der Mißachtung parlamentarischer Gepflogenheiten und demokratischen Willkürigkeiten, ist die Art, in der sie jetzt dem Reichstag und seinen Parteien gegenüber aufzutreten belieben, doch wohl noch nicht dagewesen.

In „entsprechender“ Weise arbeitet die gesamte Presse der Erfüllungsparteien. Den Gipfel der Strupellosigkeit erreicht heute das volksparteiliche Organ, die „Zeit“, die sich angeblich aus Paris einen anonymen Brief schreiben läßt, in dem die Ablehnung der Dawes-Gesetze durch die Deutschnationalen als einzige Hoffnung der französischen Nationalisten hingestellt, und somit behauptet wird, daß die Deutschnationalen im Falle der Ablehnung die Geschäfte der Franzosen betrieben (!). Dergleichen war man bisher — übrigens nicht einmal in dieser Form — vom „Vorwärts“ und ähnlichen Blättern gewöhnt. Daß jetzt auch Stresemanns Blatt solche Methoden der „Polemik“ und der „Beweisführung“ benutzt, zeigt nur, daß es nichts an Latzschlichkeiten gegen die guten Gründe der Deutschnationalen entgegenzubringen weiß.

Stegerwald gegen Marx.

In dem Blatt „Der Deutsche“ geht sogar der Zentrumsführer Stegerwald auf das schärfste mit Marx-Stresemann ins Gericht. Politisch und rechtlich, so sagt er u. a., ist gegenüber dem Zustand, wie er seit dem Ruhrbruch bisher bestand, eine Verschlechterung eingetreten. „Für die militärische Ruhrbesetzung hatte man immerhin noch das Feigenblatt der Ingenieurkommission erachtet. Die Ingenieurkommission zieht ab, die brutale militärische Besetzung bleibt zurück und damit, trotz aller Versprechungen, die Möglichkeit, das Besetzungsunrecht fortzusetzen. Und während ferner unser Schicksal offenkundig unter dem Zeichen des Diktats stand, hat der Führer der deutschen Delegation ganz ohne Not in einer Lage, die tatsächlich doch auf das Diktat hinauslief, von Gleichberechtigung gesprochen und seinen Dank in Worten ausgedrückt, die für alle künftigen deutschen Bestrebungen auf Verbesserungen unserer politischen Lage eine vollkommene unnötige Erschwerung bedeuten.“

In der Tat ist dies unsinnige Wort von der angeblichen deutschen Gleichberechtigung in Parallele zu stellen mit Bethmanns Aeußerungen vom Bruch der belgischen Neutralität, die in Wahrheit längst nicht mehr bestand. Auch Marzens Wort würde sich in der Zukunft als folgenschwer erweisen, wenn das Londoner Nachwort die Zustimmung im Reichstag finden sollte.

Friede oder Kampf bis zum Letzten!

Der Nationalverband Deutscher Offiziere erklärt zum Londoner Ergebnis:

Der Nationalverband Deutscher Offiziere vermag, trotz aller Schönfärbereien seitens der Regierung und der Presse der Regierungsparteien, weder in dem Verlauf der Verhand-

lungen zu London noch in ihrem Ergebnis einen Erfolg oder auch nur einen Teilerfolg des deutschen Reiches zu erblicken. Er ist nach wie vor der Ansicht, daß das Dawes-Gutachten das deutsche Volk endgültig in die Verflabung führt, und daß die sogenannten Ehrenpunkte in London unberücksichtigt geblieben sind. Abgesehen davon, daß die Räumung der Ruhr und der anderen widerrechtlich besetzten Gebiete nicht fruchtlos erfolgt, und die Amnestieforderung eine der Würde des deutschen Volkes entsprechende Lösung nicht gefunden hat, sind für das Dasein und die Ehre des deutschen Volkes ausschlaggebende Fragen überhaupt nicht erörtert worden. Hierzu rechnet der N. D. O. in allererster Linie die Frage der Schuld Deutschlands am Weltkriege. Deutschland ist nicht mitschuldig, Deutschland ist schuldlos am Ausbruch des Krieges. Vornehmste Aufgabe einer deutschen Regierung war es, die Erörterung dieser Frage in London zu erzwingen. Solange diese Frage nicht gelöst, kann ein wahrer Friede nicht geschaffen werden. Welcher Deutsche glaubt wirklich noch, daß Frankreich innerhalb eines Jahres das Ruhrgebiet räumen wird, und wer zweifelt daran, daß Frankreich nicht wieder Verfehlungen Deutschlands vortäuschen wird, um im Ruhrgebiet zu bleiben? — Der Nationalverband Deutscher Offiziere fordert daher alle wahrhaft Deutschen auf, sich für die Durchführung seiner wiederholt gegebenen Parole „ehrlischer Friede oder geistiger Kampf bis zum Letzten“ einzusetzen. Er erwartet, daß die Volksvertretung, insbesondere die nationale Opposition, die in London eingegangenen Bindungen der deutschen Regierungsvertreter und damit den Dawesplan unzweifelhaft verwirft.

Das Mantelgesetz.

„Entwurf eines Gesetzes über die Londoner Konferenz.“

Dem Reichstag ist ein Gesetz über die Londoner Konferenz zugegangen, das folgenden Wortlaut hat:

Par. 1. Den in den Anlagen des Schlupprotokolls der Londoner Konferenz vom 16. August 1924 enthaltenen Vereinbarungen, soweit sie von Deutschland bereits unterzeichnet sind oder nach Maßgabe des Schlupprotokolls am 30. August 1924 unterzeichnet werden sollen, wird zugestimmt.

Par. 2. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, 800 Millionen Goldmark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Par. 3. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die im Schlupprotokoll erwähnten Zertifikate für:

1. 11 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen der Deutschen Reichsbahngesellschaft,
2. 5 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Gesetzes über die Industriebelastung vom heutigen Tage übergeben werden können. Bei der Ausstellung der Zertifikate wird die Reichsregierung durch die Reichsschuldenverwaltung vertreten.

Nach dem Schlupparagraphen soll dieses Gesetz mit dem Tage der öffentlichen Verkündung in Kraft treten.

Die Arbeiten im Reichstag.

Die Arbeiten des Reichstages, die mit der Londoner Konferenz in Verbindung stehen, sollen mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Nach der Regierungserklärung soll der Sonnabend sitzungsfrei sein. Am Montag und Dienstag soll dann die erste und zweite Lesung der Gesetze für die Durchführung des Dawes-Gutachtens erledigt werden. Die dritte Lesung ist für Mittwoch vorgesehen, und am Donnerstag würde die entscheidende Schlussabstimmung erfolgen. Um eine weitere Verzögerung durch Verweisung der Gesetze an einen Ausschuss zu vermeiden, soll vorübergehend beim Auswärtigen Ausschuss, dem schon jetzt die Gesetze vorliegen, die Vertraulichkeit der Beratungen aufgehoben werden und allen Abgeordneten die Anwesenheit erlaubt werden.

Das Ende der Rentenmark.

Völlige Umwandlung der Bank.

Durch das neue Münzgesetz wird auch die Rentenmark verschwinden. Der hierüber dem Reichstag zugegangene Entwurf besagt in der Hauptsache folgendes:

Die bisherige Belastung der Industrie-, Handel- und Gewerbebetriebe einschließlich Banken wird aufgehoben. Die Grundschulden und Anteilsrechte dieser Unternehmer erlöschen. Sie haben jedoch die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes aufgelaufenen Zinsen an die Rentenbank abzuführen.

Es bleibt die Belastung der Eigentümer der dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienenden Grundstücke. Die Grundschuld wird von vier auf fünf Prozent des Mehrertrages erhöht, ihre jährliche Verzinsung von sechs auf fünf Prozent ermäßigt. Entsprechend der Ver-

Kammerlichtspiele.

Sonntag, den 24. August
Anfang pünktlich 11 Uhr vorm.

Südamerika- Filmvortrag

Ueberfahrt auf einem Lloydampfer der neuen Sierra-Klasse / Prächtige Meeresstimmungen u. Landschaftsaufnahmen / Land und Leute Von Kolonisation, Landwirtschaft u. Industrie.

Vortragsredner:
Kapt.-Leutnant Plachte

Kartenvorverkauf:
Kammerlichtspiele 10 1/2 Uhr.
Näheres siehe auch Plakate.

Berein ehem. Blücherhüjaren

Sonntag den 24. d. Mts. Preisschießen und Schießen um den Wanderorden in der Lohmühle. Zur selben Zeit auch Preisschießen für Damen. Beginn des Schießens um 1 Uhr. Letzte Meldung 4 Uhr Nachmittag.
Der Vorstand.

Weinhandlung Bahnhofshotel

Preiswerte Angebote in naturreinen Weinen

Weißweine von 0.90 Mk.
Rotweine von 1.40 Mk.

die ganze Flasche aufwärts.

Portwein — Cherry — Burgunder
Todayer — Schaumweine — Spirituosen

In Weinstuben

offene Weine im Ausschank
1/4 Liter Weiß- oder Rotwein 40 Pfg.
Anerkannt erstklassige Küche.

Grabdenkmäler, Tafeln Kreuze, Einfassungen, Steine

in vielen schönen Mustern liefert in anerkannter Güte die
Grabdenkmalfabrik mit Maschinenbetrieb

Adolf Peglow, Stolp

Präsidentenstr. 22-24.

Günstige Zahlungsbedingungen ohne Preisaufschlag.
Besichtigung des großen Lagers und der Fabrik ohne
Kaufzwang gern gestattet.



S. W. Feiges
Buchdruckerei
Stolp i. Pom.

Drucksachen

in ein- und mehrfarbiger
Ausführung für handel-
und gewerbetreibende so-
wie Behörden, Private u.
Vereine

Beginn der Filzhut-Saison.

Die neuesten Formen sind eingetroffen.

Damen-Hüte

in Filz, Velour, Blüm werden umgepreßt
und gefärbt

Verarbeitung im eigenen Betriebe.

— Kein Fortschicken. —

Stolper

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Marienstraße.

Alfred Grau, Stolp i. Pom.

Fernruf 826 Lederlager — Techn. Geschäft Holstentor-
straße 24

Grösstes Lager am Platze in
besten Kernleder-Treibriemen

Haarriemen : Baumwollriemen : Hanfriemen

Riemenverbinder aller Art — Holzriemenscheiben — Treibriemenwachs

Maschinen- und Zylinder-Oele
Konsist. Fett — Wagenfett — Lederfett
Asbest- und Dichtungsplatten — Packungen — Putzwolle
Bekleidungsleder Pumpen-Manschetten Möbellleder

Steinkohlen

Nuss la.

Briketts

offeriert zu ermäßigten Preisen

Paul Albrecht

Bahnhofstraße 15.

Haupt- oder Nebenberuf Mk. 20.—

verdienen Sie täglich als das Mindeste.

Damen und Herren, welche an Privatkunden, aller Art Geschäfte, Gewerbebetriebe, Fabriken, Behörden etc. einen absolut konkurrenzlosen Artikel verkaufen wollen, schaffen sich eine äußerst lohnende Verdienstmöglichkeit. Der Artikel wird überall notwendig gebraucht und immer wieder nachgekauft. Bricht verkäuflich. Kein Luxus kein Kapital nötig. Gegen Einsendung von Mk. 3.— Kautions im Brief (keine Briefmarken) oder auf Postscheckkonto Berlin No. 138 780 sende ich Ihnen ein Originalmuster und Reklamematerial. Sie haben kein Risiko. Zahle bei Nichtzufolge und Rücksendung des Musters unter Garantie Geld zurück.

C. Sternberg-Berlin W. 35.
Potsdamer Str. 106a.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder.

Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf-

Oele

Fette

Ia. Treibriemen
2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.
Fernspr. 792. Gegr. 1862.

Gutes Klee- und Wiesenhheu

und gesundes
Roggenlangstroh

kauft dauernd

C. Daber, Pferdehandlg.
Fernspr 230 Grüner Weg 50

Umzüge

von und nach allen Orten,
sowie in der Stadt führ:
aus

Paul Schmidt, Bahns-
pediteur
Fernruf 67 u 68

Lohnschnitt

übernehme jedes Quantum
Kaufe tief, und eich Lang-
holz in kleineren u. größeren
Posten; desgl. biete an
Schmutzmaterial, Balken, Kant-
holz, Laten (auch nach Liste
geliefert) sowie Kalk, Zement
und andere Baumaterialien.

Paul Schulz
Baugeschäft und Dampf-
sägewerk
Amtsstraße 25/26.

Gänsefedern

weiß und daunig zum Selbst-
reihen p. Pfd. 1.75 Mark,
rein weiße Gänsehalbdunne,
füllfertig p. Pfd. 4.— Mk.,
versendet in reeller Ware
portofrei p. Nachnahme

Pommerische
Bettfedernfabrik

Otto Lubs
Stettin-Grabow.

Kirchliche Anzeigen.

St. Marien.

10. Sonntag nach Trinitatis.
Vorm. 8 1/2. Frühgottesdienst.
Pastor Kramelitzki.
Vorm. 10 Uhr Predigt
Pastor Spittel.
Danach Beichte u. Feier des
hl. Abendmahls. Derselbe.
Kollekte für die Judenmission.
1—2 Uhr Spargeldannahme
in der Mittelschule.
Nachm. 2 Uhr Kindergottes-
dienst in der Kirche
Pastor Büttow.
2 Uhr desgl. im Evangeli-
stionsaal. Pastor Nobiling.
Begräbniswoche:
Pastor Spittel.
Trauungen:
Superintendent Witte-
hausen und Kommunionen:
Pastor Böttke.
Evangelisationsaal
(Arnoldstraße).
Sonntag, den 24. 8. 1924
abends 8 1/4 Uhr Versammlg.
Ev. kirchl. Blaukreuz-
verein:

Donnerstag, den 28. August
1924 abds. 8 1/4 Uhr Ver-
sammlung in dem Saal der
Schloßkirche.

Schloßkirche.

10 Uhr vorm. Gottesdienst
und Abendmahl.
Kollekte f. das Provinzialfest
für Innere Mission
Pastor Rathle.

St. Petri.

10. Sonntag nach Trinitatis.
Vorm. 10 Uhr Predigt.
Superintendent Plathe.
Nachm. 2 Uhr Kindergottes-
dienst. Derselbe;
Nachm. 5 Uhr Gottesdienst
in Gumbin

Superintendent Plathe.
Kollekte für die Mission
unter den Juden.

Beerdigungen:
Superintendent Plathe.
Trauungen: Derselbe;

Friedenskapelle.

Gew. gläub. get. Christen.
Töpferstadt — Ede Höne
Vorm. 9 1/2 Uhr Abendmahl-
gottesdienst.

Vorm. 11 Sonntagsschule.
Nachm. 4 Uhr Predigt und
Halbjahrgemeindestunde.
Donnerstag Abends 8 Uhr
Gebetsstunde
Pred. Köpplin.

Arbeitsträfte

für die
Kartoffel- und
Rübenernte

können in jeder Anzahl ge-
stellt werden. Die Vermitt-
lung erfolgt gänzlich kostenlos.
Aufträge nimmt entgegen
der

Deffentl. Arbeitsnachweis
für d. Stadt- u. Landkreis
Stolp, Goldstr. 13.
Fernruf 158.

Gesucht per sofort oder
1. Oktober ein erfahrenes, zu-
verlässiges

Stubenmädchen,

die etwas Schneiderin kann
und firm in Wäsche und
Plätten ist.

Frau von Stojentia

Schorin bei Glowitz.
Für meine Tagameter-
Fuhrwerke suche noch einige
gute

Kutscher

unbestraft.

C. Daber
Grünerweg 50
Fernsprecher Nr. 230.